

## Sektion „Politische Ökonomie“

### 1. Aktivitäten der Sektion beim DVPW-Kongress 2012 in Tübingen

Die Sektion hat beim DVPW-Kongress 2012 in Tübingen eine Veranstaltung zum Thema „Demokratische Politik und Politische Ökonomie“ veranstaltet, die in vier Panels gegliedert und sehr gut besucht war.

Das erste Panel war überschrieben mit dem Titel „Demokratische Legitimation und Wirtschaftspolitik“. Armin Schäfer (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung) berichtete hier über die Folgen der Liberalisierungspolitik für die Wahlbeteiligung. Dabei zeigte sich, dass diese in praktisch allen OECD-Ländern in den vergangenen Dekaden betriebene Politik zu einer deutlich steigenden Ungleichheit der verfügbaren Einkommen und in deren Folge zu einer sinkenden Wahlbeteiligung vor allem weniger gut gestellter Wahlberechtigter geführt hat. Hier ergebe sich, so der Autor, die Gefahr eines wachsenden Repräsentationsdefizits, da sich die Parteien vor allem an solchen Wahlberechtigten orientierten, die auch tatsächlich zur Wahl gingen.

Das zweite Panel widmete sich den Wirkungen der Finanz- und Eurokrise sowie der jüngeren Integrationsschritte auf die nationale und europäische Demokratiequalität. Federica Genovese und Gerald Schneider (Universität Konstanz) berichteten über ländervergleichende Analysen zu den mittelfristigen Wirkungen von Schulden-, Währungs- und Banken Krisen. In den vergangenen 60 Jahren, so legten sie dar, seien in der Folge solcher Krisen zum einen Demokratisierungsschübe, zum anderen Zunahmen an Zentralbankunabhängigkeit zu beobachten gewesen. Daher, so die Autoren, sei dem allgemeinen Pessimismus zumindest ein vorsichtiger Optimismus an die Seite zu stellen. Dem gegenüber vertraten Hans-Jürgen Bieling (Universität Tübingen) und Jannis Komposopoulos (Sprachenakademie Aachen) skeptischere Einschätzungen. Hans-Jürgen Bieling identifizierte drei Entwicklungen als Störungen des demokratischen Prozesses: Die zunehmende Einengung der Handlungsspielräume der demokratisch verantwortlichen Regierungen, den autoritären Charakter der EU-Krisenpolitik sowie Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse infolge der Finanzialisierung. Jannis Komposopoulos teilte die skeptische Einschätzung Bielings und wies zudem auf potenzielle Instabilitäten der Krisenbewältigungs-

D V

P W



Herbst 2012  
Nr. 147

strategien hin: Das Mehr an Integration in Form von Eingriffen und Transfers, so warnte er, könnte letztlich zu einem Weniger an Integration in Form geteilter Problemperspektiven führen. Sowohl Hans-Jürgen Bieling als auch Jannis Komsopoulos sprachen sich dafür aus, das demokratische Potenzial auf europäischer Ebene mutiger auszuloten und einzufordern als in der Vergangenheit.

Das dritte Panel hatte „Die Folgen der Finanzkrise für demokratisches Regieren“ zum Thema. Sven Jochem (Universität Konstanz) entwickelte den Zusammenhang zwischen demokratischer Politik und kapitalistischer Ökonomie aus einer gesellschaftstheoretisch informierten Perspektive. Institutionalisierte und von den Subjekten getragene marktbasierende und demokratische Sittlichkeit, so die Annahme, seien notwendig für einen demokratischen Kapitalismus. Beide Dimensionen würden angesichts des Finanzmarktkapitalismus und der Postdemokratie unterlaufen. Entsprechend bedürfe es einer gesellschaftlichen Vergewisserung normativ bedeutsamer Quellen von Sittlichkeit, die unter anderem in einer Ausweitung der Demokratie auf die Ökonomie zu finden seien. Falk Lenke und Steffen G. Schneider (Universität Bremen) präsentierten ein Papier, das sie gemeinsam mit Sebastian Haunss und Henning Schmidtke verfasst haben. Sie fragten nach der Legitimität ökonomischer Regime im Sinne von den relevanten Akteuren, akzeptierten handlungsleitenden ökonomischen Prinzipien und Institutionen. Empirisch wurde mit einer aufwendigen Operationalisierung und anhand der Analyse der linksliberalen und rechtsliberalen Qualitätspresse in vier Ländern gezeigt, dass sich die öffentliche Kritik am Kapitalismus durch den Beginn der Krise um 2008 nicht besonders zugespitzt hat und entgegen vielerlei Vermutungen nicht von einer Legitimationskrise gesprochen werden kann.

Das vierte Panel beschäftigte sich schließlich mit „Demokratischer Politik im Schatten der Finanzkrise“. Dabei berichtete Frank Bandau (Universität Bamberg) über die unterschiedlichen Konsolidierungspfade, die Island und Großbritannien nach dem sprunghaften Anstieg der Verschuldung infolge der Finanzkrise betraten. Während nämlich Großbritannien wie die meisten anderen Industrieländer auch den Beziehern niedriger Einkommen erhebliche Lasten aufbürdete, zeichnete sich der isländische Weg durch eine überproportionale Belastung hoher Einkommen sowie ausländischer Gläubiger aus. Diese Unterschiede lassen sich Bandau zufolge einerseits mit der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung erklären, andererseits aber auch mit der Tatsache, dass Island als kleines

D V

P W



Herbst 2012  
Nr. 147

Land in erheblichem Umfang auf eine externe Anpassung in Form eines sinkenden Wechselkurses und einer Weigerung, die Schulden der isländischen Banken zu übernehmen, zurückgreifen konnte. Michael Bechtel (Universität Zürich) und seine Ko-Autoren nahmen eine alternative Perspektive ein, indem sie nicht das Handeln der Regierungen, sondern die Einstellungen der Wähler zur Krisenpolitik zum Gegenstand ihrer Untersuchung machten. Konkret untersuchten sie, was die Zustimmung bzw. Ablehnung einer Beteiligung an den Euro-Rettungspaketen durch deutsche Wähler bedingt. Dabei zeigte sich, dass es nicht in erster Linie ökonomischer Eigennutz ist, der die Bereitschaft erklärt, eine deutsche Beteiligung zu akzeptieren. Vielmehr sind es eher Eigenschaften wie Altruismus oder eine positive Einstellung zu Multikulturalismus, die eine Unterstützung einer deutschen Beteiligung determinieren. Darüber hinaus nimmt die Akzeptanz der Euro-Rettung mit zunehmender Höhe der deutschen Beteiligung ab.

D V

P W



Folgende Vorträge wurden im Einzelnen gehalten:

Panel 1: Demokratische Legitimation und Wirtschaftspolitik

Mehr Markt, weniger Beteiligung? Die Folgen der Liberalisierungspolitik für die Wahlbeteiligung

Dr. Armin Schäfer, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Panel 2: Die Folgen europäischer Integration für die Demokratie

Smoke with Fire: Sovereign Debt Crises, Political Reform, and the Future of EU Democracy

Frederica Genovese, Universität Konstanz

Prof. Dr. Gerald Schneider, Universität Konstanz

Europäischer Finanzmarktkapitalismus und die Krise der nationalen Demokratie

Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling, Universität Tübingen

EU-Integration als Ursache ihrer Desintegration

Ioannis Kompopoulos, M.A., Sprachenakademie Aachen

Panel 3: Die Folgen der Finanzkrise für demokratisches Regieren

Wie viel Demokratie braucht der Markt? Die Legitimation ökonomischer Ordnungen zwischen Normalität und Krise

Falk Lenke, Universität Bremen

Dr. Steffen Schneider, Universität Bremen

Finanzkrise und Postdemokratie in Europa – Gibt es Quellen für eine demokratische Versittlichung des entgrenzten Kapitalismus?

PD Dr. Sven Jochem, Universität Konstanz

Panel 4: Demokratische Politik im Schatten der Finanzkrise

Wer zahlt für die Finanzkrise? Die Politik der Schuldenbekämpfung in Island und Großbritannien

Frank Bandau, Universität Bamberg

Who Supports Bailing Out Other Countries and Why?

Prof. Dr. Michael M. Bechtel, Universität Zürich

Prof. Dr. Jens Hainmueller, Massachusetts Institute of Technology

Prof. Dr. Yotam Margalit, Columbia University

D V

P W



Alle Vorträge sind im Paperroom auf der Homepage der DVPW verfügbar.

Herbst 2012  
Nr. 147

Zudem haben wir in Zusammenarbeit mit dem DVPW-Arbeitskreis „Internationale Politische Ökonomie“ ein weiteres Panel unter dem Titel: „Krisenbewältigung durch Aushöhlung der Demokratie?“ veranstaltet. Ein Tagungsbericht findet sich in diesem Rundbrief im Abschnitt des AK „Internationale Politische Ökonomie“.

## 2. Mitgliederversammlung

Beim DVPW-Kongress in Tübingen fand auch die Mitgliederversammlung der Sektion statt. Der alte Sektionsvorstand (Michael Bechtel, Ulrich Brand, Martin Höpner, Reimut Zohlnhöfer) wurde entlastet und es wurde aus sechs Kandidaten ein neuer vierköpfiger Vorstand gewählt (Kontakt Daten unten). Im Namen der Sektion dankt der neue Sektionsvorstand den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für die sehr erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre.

## 3. Zukünftige Aktivitäten der Sektion

Die nächste Sektionstagung wird im Herbst 2013 am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln zum Thema „Die Politische Ökonomie der Ungleichheit“ stattfinden. Ein Call for Papers einschließlich genauer Daten wird im Spätherbst über den Verteiler und die Homepage der Sektion bekannt gemacht.

### Kontaktdaten

Die Homepage der Sektion findet sich unter <http://poloek-dvpw.mpifg.de>.

D V

Aktuelle Kontaktdaten der Sprecher:

P W



Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling, Eberhard Karls Universität Tübingen  
Institut für Politikwissenschaft, Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen;  
E-Mail: [hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de](mailto:hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de)

Dr. Armin Schäfer, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung,  
Paulstr. 3, 50676 Köln; E-Mail: [as@mpifg.de](mailto:as@mpifg.de).

Dr. Tobias ten Brink, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt,  
Institut für Politikwissenschaft, Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main;  
E-Mail: [tobias.ten.brink@em.uni-frankfurt.de](mailto:tobias.ten.brink@em.uni-frankfurt.de)

Prof. Dr. Reimut Zohlnhöfer, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg,  
Institut für Politische Wissenschaft, Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg;  
E-Mail: [reimut.zohlnhoefer@ipw.uni-heidelberg.de](mailto:reimut.zohlnhoefer@ipw.uni-heidelberg.de).